

Vorbereitungen und Vorsorge - Duma-Wahlen 2016

28.06.2016

claudia.crawford@kas.de

www.kas.de/moskau

Das Jahr 2016 ist in Russland ein Wahljahr – sowohl die Duma als auch regionale Parlamente und Gouverneure werden neu gewählt. Vorbereitungen sind seit langem schon im Gange, die allerdings nicht rein technischer Natur sind. Ein neues Wahlsystem wurde eingeführt und die Vorverlegung auf September beschlossen. Zudem führten einige Parteien Vorwahlen durch, die bereits eine kleine Vorübung für die Wahl darstellten.

Der 22. Mai 2016 war für die Partei Einiges Russland ein besonderer Tag. Zum ersten Mal hielt sie Vorwahlen ab, an der sich alle Wahlberechtigten beteiligen konnten. Diese sollten zu mehr Transparenz und politischem Wettbewerb beitragen¹ und das Stimmungsbild der Bevölkerung wiedergeben. Vorwahlen gibt es seit 2008, bislang aber nur parteiintern. Die Öffnung nun auch für nicht-Parteimitglieder sei demokratischer, so die Partei.

Zumindest brachten die Vorwahlen etwas mediale Aufmerksamkeit. Es ist wie ein Versuch, den Eindruck zu verschaffen, dass die Wahlen zur Duma im September etwas Spannendes sind. Das neue Wahlsystem spricht dagegen. Allerdings boten die Vorwahlen einige Überraschungen. Nach Angaben der Partei Einiges Russland haben sich rund 9 Millionen Bürger an den Vorwahlen beteiligt. Unter den 225 Kandidaten, die ihre Kandidatur für einen Direktwahlkreis gewonnen haben, sind nur 74 Duma-Abgeordnete. 49 Abgeordnete der Duma haben die Vorwahl verloren, darunter Aleksej Puschkow, immerhin Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, und Robert

Schlegel, zuständig für die internationalen Kontakte. Ob das unbeabsichtigte Ausrutscher waren oder der Ehrgeiz der Partei, diesen zu sicheren Mandaten zu verhelfen, begrenzt war, lässt sich nur spekulieren. Man kann jedenfalls jetzt schon davon ausgehen, dass in der Fraktion Einiges Russland der neugewählten Duma viele neue Gesichter zu sehen sein werden.

Am 27. Juni 2016 erfolgte schließlich die innerparteiliche Listenaufstellung. Dabei wurde auf bekannte Namen gesetzt. Ministerpräsident Medwedew führt als einziger die föderale Liste an, Gouverneure, aber auch der stellvertretende Chef der Präsidentschaftsadministration Wolodin, Regionallisten. Einige Analytiker sehen das als Zeichen dafür, dass diese auch nach den Wahlen auf ihren Posten bleiben werden. Auch wenn die Vorwahlen keinen bindenden Charakter haben, so wurde sich doch daran gehalten. Dabei spielte es keine Rolle, dass es eine Reihe von Beschwerden gab, dass die Vorwahlen nicht regulär verlaufen seien. Zu den Skandalen um die Vorwahl zählten Drohungen und Bestechungen, Wahlzettel in den Urnen vor dem eigentlichen Wahlgang und Mehrfachabstimmungen in der Moskauer Umgebung.² In drei Regionen wurden die Wahlen für ungültig erklärt.

Die anderen Parteien haben den Aufwand für die Listenaufstellung geringer gehalten und diese wie bisher vornehmlich den Parteiführungen überlassen. Der Versuch von Vorwahlen bei der Partei PARNAS musste abgebrochen werden, da am Morgen des Wahltages am 29. Mai auf der Internetseite der Partei die Liste von 7.475 registrierten Wählern mit ihren Daten

¹ Vgl. Russijskaja Gaseta: В Кремле похвалили идею праймериз "ЕР", 24.05.2016, auf: <http://rg.ru/2016/05/24/v-kremle-pohvalili-ideju-prajmeriz-er.html>, [24.05.2016].

² Nowaja Gaseta, 25.05.2016, auf: <http://www.nowyagazeta.ru/politics/73210.html>, [31.05.2016].



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

CLAUDIA CRAWFORD

TOBIAS VOLLMER

LIDIA VALERI BARSUKOWA

28.06.2016

claudia.crawford@kas.de

www.kas.de/moskau

öffentlich zugänglich waren.³ Es blieb strittig, ob ein Hacker dafür verantwortlich war oder eine ungenügende Verschlüsselung der Daten.

Die Vorbereitungen zu den Duma-Wahlen sind mit den Listenaufstellungen weit gediehen. Viel Zeit für den Wahlkampf bleibt dennoch nicht - dank der Vorziehung des Wahltermins.

Gesetzliche Änderungen zur Duma-Wahl 2016

Die Wahl für die 7. Staatsduma wurde per Gesetz vom Dezember auf den 18. September 2016 vorverlegt.⁴ Staatsrechtler und Politiker äußerten Zweifel bezüglich der Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahme, da die Legislaturperiode (Art. 96 Abs. 1 Russische Verfassung) signifikant gekürzt würde (von 60 auf 57 Monate).⁵ Die durch die Duma beschlossene⁶ Verschiebung der Wahlen komme einer Selbstauflösung gleich, was ebenfalls nicht von der Verfassung vorgesehen sei.⁷ Das Recht zur Auflösung des Unterhauses des Parlaments obliegt allein dem Präsidenten (Art. 111 bzw. 117 i.V.m Art. 109 Russische Verfassung).

Offiziell wurden für die Verschiebung ökonomische und institutionelle Gründe angeführt. Durch die terminliche Zusammenlegung mit Regionalparlaments- und Gouverneurswahlen könne Geld gespart werden,⁸ darüber hinaus müsste die

³ ebd.

⁴ <http://static.kremlin.ru/media/acts/files/0001201507150005.pdf> [28.06.2016], Gesetzestext zum Bundesgesetz № 40-FS über die Wahlreform: <http://www.rg.ru/2012/05/04/gubernatori-dok.html> [28.06.2016].

⁵ Proswirowa, Olga: Перенос выборов в Госдуму – кому это нужно (Verlegung der Dumawahlen – wer das braucht), BBC Russia, 12.06.2015, http://www.bbc.com/russian/russia/2015/06/150612_duma_elections_law

http://www.bbc.com/russian/russia/2015/06/150612_duma_elections_law [28.06.2016].

⁶ Nur die KPRF stimmte gegen das Gesetz. Sie drohte auch mit einer Klage vor dem EMRG, <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2015/06/30/598555-prichini-perenosa-viborov-v-gosdumu-pogoda-i-konstitutsionno-znachimie-tsennosti> [28.06.2016].

⁷ <http://www.novayagazeta.ru/news/1694153.html> [28.06.2016].

⁸ Nerosnikowa, Ekaterina, Bogdanow, Jurij: Объединение выборов в Госдуму с Единым днем

neugewählte Duma nicht mit dem Haushaltsplan arbeiten, der von der vorigen verabschiedet wurde, sondern könnte sich nach erster Zusammenkunft selbst damit beschäftigen.

Die Kehrseite der Verschiebung besteht jedoch darin, dass die Wahlkampagne⁹ in die Sommerferien (die Wahlbeobachtungsorganisation Golos spricht von der „Phase der größten Demobilisierung des aktiveren Bevölkerungsteils“) fällt und diese folglich kaum unter regulären Umständen stattfinden kann. Davon profitieren in erster Linie die etablierten Duma-Parteien, allen voran Einiges Russland. Kleineren oppositionellen Parteien fehlen die Ressourcen, um gleichzeitig bei Föderal-, Regional- und Kommunalwahlen anzutreten.

Ein weiterer negativer, den vermeintlichen Hauptgrund der Verschiebung konterkarierender Aspekt sind die Mehrkosten der Wahlen, die dadurch entstehen, dass Abgeordneten, die nicht in die neugewählte Duma einziehen, einschließlich deren Mitarbeiter, die ausstehenden drei Monatsgehälter und Boni gezahlt werden müssen (Art. 2 Abs. 2 des föderalen Gesetzes über die Wahlverschiebung).¹⁰

Im Februar 2014 kehrte man unter zahlreichen Abänderungen zum früheren Mischwahlsystem zurück, demzufolge eine Hälfte der Duma (225 Sitze) über regionale Parteilisten, die andere Hälfte in Direktwahlkreisen mit einfacher Mehrheit gewählt werden. Anders als bei den Wahlen in Deutschland, wird die Zahl der direkt gewählten Abgeordneten nicht von den Listen abgezogen. Kritiker befürchten

голосования поможет сэкономить (Die Zusammenlegung der Duma-Wahlen mit dem einheitlichen Wahltag hilft zu sparen), Wsgljad 20.05.2015.

<http://vz.ru/politics/2015/5/20/746376.html> [28.06.2016].

⁹ Laut Gesetz dürfen Parteien wahlbezogene Veranstaltungen frühestens 110 Tage vor der Wahl durchführen, der Start des Wahlkampfs wurde vom Präsidenten am 18. Juni 2016 verkündet.

<http://vz.ru/politics/2015/5/20/746376.html>
¹⁰ <http://www.themoscowtimes.com/news/article/state-duma-elections-of-2016-double-in-cost-from-previous-vote/539128.html> [28.06.2016].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

CLAUDIA CRAWFORD

TOBIAS VOLLMER

LIDIA VALERI BARSUKOWA

28.06.2016

claudia.crawford@kas.de

www.kas.de/moskau

hierdurch eine Überrepräsentanz durch Einiges Russland, das erwartungsgemäß in den meisten Wahlkreisen den Direktkandidaten stellen und darüber hinaus die Mehrheit der Parteilistenplätze belegen wird.¹¹

Parteilisten sind automatisch zur Duma-Wahl 2016 zugelassen, wenn die Partei in der Duma vertreten ist (was auf vier zutrifft), bei den vorangegangenen Wahlen mindestens drei Prozent der Wählerstimmen erhalten hat (nur Jabloko) oder zumindest ein Abgeordneter den Einzug in ein Regionalparlament über die Parteiliste (kein Direktkandidat!) geschafft hat.¹² Ansonsten ist die Partei verpflichtet, 200.000 Wahlberechtigte, jedoch nicht mehr als 7.000 pro Wahlkreis, innerhalb von 30 Tagen zur Unterstützung der Partei mittels Unterschrift zu bewegen.¹³ Kandidaten von Parteien, die diese Kriterien nicht erfüllen, oder parteilose Bewerber müssen Unterschriften von drei Prozent der Wähler ihres Wahlkreises sammeln.¹⁴

In Verbindung mit dem Wechsel des Wahlsystems schaffte man neue Zuschnitte der Wahlkreise nach einem „blattförmigen Prinzip“ (лепестковый принцип нарезки). Dichtbesiedelte Verwaltungszentren werden mit ländlichen Gebieten in einem Wahlkreis vereint. Damit ist es möglich, dass eventuell bestehende Protestpotential der Städte durch eher konservative Peripherien zu kompensieren.¹⁵

¹¹ Surnatschew, Elisaweta: Закон сохранения [Konservierungsgesetz], Kommersant 17.02.2014, <http://www.kommersant.ru/doc/%202405686> [28.06.2016] und Studie des Sozioökonomischen und politischen Forschungsinstituts über den Einfluss der Direktwahlen auf das politische System Russlands: <http://vz.ru/itog.pdf> [28.06.2016].

¹² Als Randnotiz sei vermerkt, dass die Partei nur zur Regionalparlamentswahl zugelassen ist, wenn sie dieselben Hürden auf kommunaler Ebene überwunden hat. Ein derartiges System sei laut Surnatschew weltweit einmalig, <http://www.kommersant.ru/doc/2405686> [28.06.2016]. Im Moment wären 14 Parteien von der Pflicht, Unterschriften zu sammeln, befreit.

¹³ Der deutsche Gesetzgeber sieht 0,1% der Wahlberechtigten, maximal jedoch 2.000 Unterschriften vor, § 27 Abs. 1 BWahlG.

¹⁴ Entspricht im Schnitt 14.000 Unterschriften pro Wahlkreis.

¹⁵ Nagornych, Irina/Injutin, Wsewolod: Нерушимый блок города и деревни (Unzerstörbarer Block von Stadt und Dorf), Kommersant 02.09.2015,

Das Gesetz sieht im Weiteren vor, dass ehemaligen Strafgefangenen, die eine schwere Straftat begangen haben, das passive Wahlrecht für zehn Jahre, jenen mit besonders schwerer Schuld 15 Jahre entzogen wird. Alexej Nawalnyj darf demnach erst wieder 2028, Michail Chodorkowskij gar erst 2032 zu einer Wahl antreten.

Die Chancen der Opposition

Die Zahl oppositioneller Parteien ist relativ hoch, reale Chancen besitzen sie aber aus vielerlei Gründen kaum. Erstens wird den so genannten Nicht-Systemparteien – neben Hürden bei der Zulassung zur Wahl – durch Spoiler-Parteien künstliche Konkurrenz geschaffen.¹⁶ Diese ähneln in Bezeichnung, Symbolik und teilweise gar bei Kandidatennamen etablierten Oppositionsparteien, um Wählerstimmen abzugreifen. So tritt parallel zur Demokratischen Koalition PARNAS des ermordeten Boris Nemzow die Partei für Gerechtigkeit (PARZAS) an, zur kommunistischen Duma-Partei KPRF die Kommunistische Partei sozialer Gerechtigkeit (KPSS). Die Zentrale Wahlkommission hat eine Statistik¹⁷ über die Registrierungsdaten von Kandidaten für die Regionalwahlen im September 2015 veröffentlicht, laut derer die vier Duma-Parteien mindestens 92% ihrer angemeldeten Bewerber registrieren konnten, die Spoiler-Parteien PARZAS und KPSS 51,9% respektive 59,5%, die Demokratische Koalition PARNAS lediglich 1,7% (absolut: 6 von 357). Nur jeder 25. Kandidat einer etablierten Partei wurde abgelehnt, aber sieben von acht unter den Außersystemparteien und drei aus fünf Parteilosen.¹⁸ Dies hängt in erster Linie

<http://www.kommersant.ru/doc/2801209> [28.06.2016].

¹⁶ Gorbatschew, Alexej: Протестный электорат ловят на спойлеров (Protestwähler werden von Spoilern abgefangen), Nesawisimaja Gaseta 20.08.2015, http://www.ng.ru/politics/2015-08-20/1_electorat.html [28.06.2016].

¹⁷ http://www.cikrf.ru/analog/vib_130915/index.html, Prozentangaben nach eigenen Berechnungen [28.06.2016]

¹⁸ Купев, Александр: Выборы-2015 – не репетиция, а первая часть кампании 2016 года (Wahlen 2015: Keine Probe, sondern erster Teil der Kampagne 2016), Carnegie Center Moscow

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSISCHE FÖDERATION

CLAUDIA CRAWFORD

TOBIAS VOLLMER

LIDIA VALERI BARSUKOWA

28.06.2016

claudia.crawford@kas.de

www.kas.de/moskau

damit zusammen, dass ein Großteil der gesammelten Unterschriften von regionalen Wahlkommissionen als gefälscht oder fehlerhaft eingestuft wurde.¹⁹

Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Opposition

Das eigentliche Problem ist allerdings weniger, dass die administrativen Hürden für die Opposition so hoch sind, sondern die negative Einstellung der russischen Wählerschaft gegenüber Oppositionellen und der Idee einer die Regierung kontrollierenden politischen Instanz. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum antworteten lediglich 18% der Befragten „eindeutig ja“, dass Russland eine politische Opposition brauche. Weitere 40% beantworteten diese Frage mit „eher ja“. 30% derer, die eine Opposition für nicht notwendig halten, glauben, dass die Existenz einer Opposition „gesellschaftliche Kräfte in Streitigkeiten und Reibereien zersplittert“.²⁰ Mehr als jeder Vierte ist der Meinung, dass Russland nur eine starke Partei brauche,²¹ viele stehen angesichts des geringen Einflusses der oppositionellen Duma-Parteien auf die Tagespolitik einem Mehrparteiensystem skeptisch gegenüber. Nur jeder Siebte sympathisiert mit der außersystemischen Opposition um Personen wie Alexej Nawalnyj und dem Vorsitzenden von PARNAS Michail Kasjanow.

Der stellvertretende Direktor des Lewada-Zentrums Alexej Graschdankin stellt einen Zusammenhang zur Ukraine-Krise her. Pro-Kreml-Aktionen wie der Antimaidan-Marsch zum Jahrestag des Umsturzes am 21. Februar 2015 zielten darauf ab, Andersdenkende schon zu diskreditieren, bevor sie zu einer oppositionellen Kraft

werden könnten. Jegliche der offiziellen Linie des Kreml gegensätzliche Meinung wird in der Öffentlichkeit – verstärkt durch mediale Propaganda – der Fünften Kolonne zugeschrieben. Im gleichen Maße, wie die Zustimmungswerte für die Politik Wladimir Putins seit der Krim-Annexion steigen, fällt die Sympathie für die USA und ihre Verbündeten. Der in der Bevölkerung weitverbreitete und durch die Wirtschaftssanktionen verstärkte Antiamerikanismus dient als Nährboden für Verschwörungs- und Diffamierungstheorien gegen Oppositionelle vonseiten des Staatsfernsehens.

Die russische Bevölkerung neigt gerade in Krisenzeiten dazu, zusammenzuhalten. Jede Abweichung von der offiziell ausgegebenen Linie gefährdet den ideenpolitischen Monolith und die staatlich-politische Konsolidierung der Gesellschaft. Diese Überzeugung beruht nicht ausschließlich auf Propaganda, sondern hat auch psychologische, kulturelle und historische Wurzeln. Das Volk hat im Laufe der Geschichte häufiger Erfahrungen machen können, dass die Interessen einzelner zum Wohle des eigenen Landes dem Kollektiv untergeordnet wurden. Ungeachtet aller institutionellen Hürden ist es vor allem dieser gesellschaftliche Konsens, Misstrauen gegenüber jeglicher Opposition zu haben, der einen Politikwandel in Russland schwierig macht. Dieser ist vielleicht eher zu erwarten, wenn die wirtschaftliche Situation für die Bevölkerung in Russland noch schlechter werden sollte.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Russland

Kuznetsky Most 21/5
107031 Moskau
Russische Föderation

Telefon
+7 495 626 00 75
Telefax
+7 495 626 00 76

23.09.2015, <http://carnegie.ru/2015/09/23/ru-61378/ii2b> [28.06.2016].

¹⁹ Gorbatschew, Alexej/Garmonenko, Darja: Счастлиное число оппозиции (Glückszahl der Opposition), Nesawisimaja Gaseta 14.08.2015, http://www.ng.ru/politics/2015-08-14/2_number.html [28.06.2016].

²⁰ <http://www.levada.ru/2015/02/27/neobhodimost-politicheskoy-oppozitsii-i-podderzhka-oppozitsionnyh-trebovanij/> [28.06.2016].

²¹ <http://www.levada.ru/2015/04/27/vse-bolshe-rossiyan-schitayut-cto-strane-nuzhna-odna-silnaya-partiya/> [28.06.2016].